



## Was bedeuten die Empfehlungen der Strukturkommission zum Kohleausstieg konkret?

### Langfristigen Chancen stehen gewaltige kurzfristige Herausforderungen gegenüber.

Seit einer guten Woche liegen die Empfehlungen der sogenannten Strukturkommission vor und es wurde von Seiten der Bundesregierung bereits klar gestellt, dass diese Empfehlungen gefolgt werden wird. Die Auswertung dieser Empfehlungen ist nun weit fortgeschritten (meine erste Reaktion: „[Der Osten hat besser verhandelt](#)“) und eines ist klar, nämlich dass bereits in Kürze das Rheinische Revier gravierende Auswirkungen zu spüren bekommen wird.

#### Massive Auswirkungen schon in den nächsten drei Jahren

Die von der Kommission empfohlenen Abschaltungen von etwa 3 Gigawatt Erzeugungskapazität bis 2022 werden absehbar an den Standorten Niederaußem und Neurath zu Blockabschaltungen führen. Nach bisherigen Erfahrungen wird dies den Abbau von etwa 3000 Arbeitsplätzen unmittelbar bei RWE und bis zu 6000 Arbeitsplätzen im Umfeld zur Folge haben.

Aktuell werden vor allem die langfristigen Chancen, die in den zu erwartenden Hilfen zum Strukturwandel liegen, betont. Allerdings besteht die größte Aufgabe nun darin, die kurzfristigen, gravierenden Auswirkungen auf die Region zu bewältigen. Dazu fehlen in der Empfehlung klare Perspektiven und auch die Landesregierung scheint noch keine Ideen zu haben.

Darüber hinaus scheint ebenfalls klar, dass der Tagebau Hambach nicht wie geplant zu Ende geführt werden wird. Hier drohen gerade für Elsdorf große

Nachteile, wenn verlorene Flächen nicht rekultiviert werden können. In einem [gemeinsamen Positionspapier haben die SPD-Kreistagsfraktion, Stadtratsfraktionen, Bedburgs Bürgermeister Solbach und ich 12 Kernpunkte](#) festgehalten, die für die erfolgreiche Umsetzung des Strukturwandels jetzt wichtig sind.

#### Konzerne in der Pflicht halten

Bei den anstehenden Verhandlungen mit den Energiekonzernen zur Ausgestaltung des Ausstiegs müssen aus meiner Sicht vor allem die folgenden Aspekte sichergestellt werden:



**Rekultivierung, Langzeit-Lasten und Rückbauverpflichtung:** Diese müssen in Verantwortung der Konzerne verbleiben. Diese Kosten dürfen nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden.

**Reinvestition:** Die zu erwartenden großen Entschädigungen aus Steuermitteln müssen zu einem bestimmten Teil in den Revieren reinvestiert werden, die über Jahrzehnte Basis des Konzern Erfolgs waren. Damit wäre auch sichergestellt, dass RWE bei uns ein industriell aktiver Konzern bliebe und so gute Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten erhalten blieben.

**SPD schlägt konkrete Maßnahmen vor** Im Kommissionsbericht haben sich bereits viele konkrete Maßnahmen

wiedergefunden, die die SPD vor Ort gemeinsam mit den betroffenen Städten erarbeitet hat. In der kommenden Woche (13.2.) findet eine große Anhörung statt, in der [unsere vier Strukturwandelanträge behandelt werden](#). Neben konkreten Projekten, einem Sonderverkehrswegeplan fürs Rheinische Revier, der Lösung der Flächenproblematik für betroffene Kommunen geht es auch darum sicherzustellen, dass die kommenden Fördermittel in der Region dahin fließen, wo sie benötigt werden.

#### Strukturkonferenz 2019 Kontinuierlicher Dialog - Wandel gemeinsam gestalten

Die erste Strukturkonferenz 2019 am vergangenen Freitag in Kerpen war der Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen, mit der die SPD vor Ort gemeinsam mit den Betroffenen den Strukturwandel gestalten möchte. So standen am Freitag Diskussionen zur Nutzung der Rekultivierung, zum Städtebau der Zukunft in unserer Region und darüber, wie wir Energierevier bleiben können, im Fokus. Weitere Veranstaltungen im Revier werden folgen, damit diejenigen, die den Strukturwandel tragen müssen, auch gehört werden und sich einbringen können.

Die Kommissionsempfehlung bleibt an vielen entscheidenden Stellen unklar. Hier müssen wir vor Ort gemeinsam dafür sorgen, dass wir die großen inhaltlichen Lücken noch füllen.

Ihr